

## Haushaltsrede 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Folie 1

Heute stehe ich zum ersten Mal an dieser Stelle, um Ihnen den neuen Haushalt vorzustellen. Bisher stand ich eher im Hintergrund, und habe zusammen mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vielen Monaten mühevoller Kleinarbeit die Zahlen und Daten zusammengetragen. Ich will deshalb nicht verhehlen, dass ich ob der neuen Situation auch etwas feuchte Hände und ein wenig Schweiß auf der Stirn habe. Bitte sehen Sie es mir nach.

Ich möchte an den Anfang meiner Ausführungen den Dank an meine Kolleginnen und Kollegen richten. Sie arbeiten bereits seit vielen Jahren an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Sie müssen wie so viele andere in diesem Hause unserer Haushaltssituation Tribut zollen, weil wir von uns selbst das gleiche erwarten, was wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den anderen Fachbereichen zumuten. Die Haushaltssituation bringt uns zudem nicht weniger Arbeit, sondern durch die vielen Prüfungs- und Genehmigungspflichten eine zusätzliche Belastung. Auch der aufzustellende Haushaltssanierungsplan wird uns in den nächsten Monaten viel Arbeit abverlangen.

Ich muss Ihnen gestehen, dass ich die Hoffnung hatte, meine neue Position als Kämmerer in etwas ruhigerem Fahrwasser antreten zu können. Doch es kam anders. Der Wendepunkt war der 15.08.2011, als die Eckdaten des Stärkungspaktgesetzes bekannt wurden. Wir haben in den letzten Monaten viel Zeit und Energie darauf verwendet, das Gesetz in dieser Schärfe zu verhindern; der Erfolg war aus meiner Sicht leider eher mäßig.

Gleichwohl bin ich der Auffassung, dass das Gesetz vom Grundsatz her richtig ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass es so, wie bisher, nicht weitergehen darf. Wir können es nicht verantworten, dass unsere Gesellschaft permanent über ihre Verhältnisse lebt und niemand den Mut hat, der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen.

Heute stehen wir am Anfang einer neuen Herausforderung. Die Zahlen, die ich Ihnen heute vorstelle, sprechen eine deutliche Sprache. Um die Probleme, die damit zusammenhängen, zu verstehen, müssen Sie die Haushaltsdaten kennen.

Ich glaube, dass mein Vorgänger, Herr Quallo es in den letzten Jahren immer gut verstanden hat, Ihnen die wesentlichen Daten und Fakten zum Haushalt zu vermitteln. Ich möchte diesen Weg fortsetzen. Die aus meiner Sicht gute Systematik aus den letzten Jahren hat auch einen guten Wiedererkennungswert und macht es für Sie einfacher, die Sachverhalte zu verstehen. Ich beginne deshalb zunächst damit, etwas über die Abwicklung des Haushaltes 2011 sagen, um anschließend die wesentlichen Erträge und Aufwendungen des Haushaltes 2012 zu kommentieren.

## **I. Blick auf die Entwicklung des Haushaltsjahres 2011**

**Folie 2** Blicken wir zunächst auf den Haushalt des abgelaufenen Jahres 2011. Der Haushalt 2011 wies einen Fehlbedarf von rd. 32,3 Mio € aus. Im Laufe des Jahres hat uns vor allem die Entwicklung der Steuereinnahmen Sorge bereitet. Bereits im Juli zeichnete sich ab, dass wir bei der Gewerbesteuer rd. 5 Mio. € schlechter abschneiden, als in 2010. Diese Befürchtung hat sich leider auch bewahrheitet. Die übrigen Steuereinnahmen, vor allem der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer, verliefen jedoch wesentlich positiver, so dass sich das Loch bei den Steuern am Jahresende auf rd. 3 Mio. € verkleinerte. Letztlich ausgefüllt wurde dieses Loch durch die am Jahresende gewährte Konsolidierungshilfe in Höhe von 3,1 Mio. €. Nach jetzigem Kenntnisstand gehen wir also davon aus, dass sich der Haushalt 2011 zumindest nicht verschlechtert hat.

## **II. allgemeine Rahmenbedingungen in 2012**

Bevor ich zum Haushalt 2012 komme, möchte ich einige Schlagzeilen nennen, die deutlich machen, wie die kommunalen Finanzen in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

- In der WAZ am 06.01.2012 war zu lesen, dass die Kommunen 2012 mit einem Plus abschließen könnten. In 2011 wurde noch ein Defizit von rd. 3 Mrd. € aufgehäuft; in 2012 rechnet man – bundesweit – mit einer schwarzen Null, sofern die Konjunktur nicht einbricht. Die Kommunen im Westen weisen eine höhere Verschuldung auf als die der neuen Länder. Dies wird zum Teil dadurch erklärt, dass die Verschuldung der Gemeinden im Westen über einen längeren Zeitraum aufgebaut worden ist, die im Osten erst seit der Wiedervereinigung.

- Im Januar 2012 fand ich in einer Zeitschrift, die sich mit der Bundespolitik befasst, die Überschrift, in 2012 stünden die Sterne gut für die Kommunen. Die Kommunen könnten wesentlich früher zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen als der Bund. Zudem profitieren die Kommunen von der größten Entlastung, die der Bund den Kommunen jemals habe zukommen lassen.
- Im gleichen Blatt fand ich einen Kommentar mit dem Inhalt, dass die Länder für die Haushalte der Kommunen verantwortlich seien. Man müsse die Länder nur immer wieder daran erinnern. Vor allem mit der Entlastung bei der Grundsicherung sei gewährleistet, dass die Kommunen dauerhaft von einer steigenden Ausgabenlast befreit werden. Darüber hinaus übernehme der Bund viele zusätzliche Aufgaben vor Ort, für die er eigentlich nicht zuständig sei.

Woher kommen diese Einschätzungen, die wir vor Ort ganz anders wahrnehmen und die in völligem Gegensatz zu dem stehen, was wir fordern. Ich möchte Ihnen hierzu drei Folien präsentieren, die ich einem Vortrag des Geschäftsführers des Städte- und Gemeindebundes NRW, Herrn Schneider entnommen habe.

**Folie 3** In dieser Folie ist die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland dargestellt, aus denen die Verhältnisse zwischen Bund, Ländern und Gemeinden deutlich werden. Auffallend ist, dass, betrachtet man die Relationen, die Finanzlage der Kommunen im bundesdeutschen Kontext nicht besorgniserregend ist. Hier stehen vor allem die Defizite des Bundes und der Länder heraus. Schnell wird klar, warum es auf Bundesebene überhaupt kein Problembewusstsein für die Kommunen gibt.

**Folie 4** Gehen wir einen Schritt weiter und betrachten wir die Verteilung der Kassenkredite in den Kommunen. Man sieht ein deutliches Gefälle. Die Mehrzahl der Kommunen hat kein Problem. Im Norden, Süden und im Osten unserer Republik versteht man uns deshalb überhaupt nicht. Die Problemzonen liegen in der Mitte, nämlich in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Hessen und in Nordrhein-Westfalen. Warum sollte also der Bund den Kommunen helfen, wenn die Mehrzahl der Kommunen das Wort „Kassenkredit“ gar nicht kennt?

**Folie 5** Aber die Unterschiede sind auch in NRW enorm. Die Zahl der Kommunen, die den Haushaltsausgleich wirklich schaffen und sogar tiefgrün gekennzeichnet ist (es sind 7 Kommunen) ist allerdings sehr klein. Die Mehrzahl der Kommunen ist trotzdem im Grünen Bereich anzutreffen. Hierzu gehört das ganze Gebiet nördlich und westlich des Ruhrgebietes. Auch diese Kommunen verstehen uns nicht. Sie fühlen sich durch den

neuen Finanzausgleich, der den auf dieser Grafik roten und tiefroten Gebieten hilft, benachteiligt und klagen nun gegen das GFG 2011.

Können wir angesichts der Heterogenität dieser Verteilung erwarten, dass uns jemand versteht odere gar hilft?

### III. Finanzsituation in Dorsten 2012

Die mit Einführung des NKF geltende Systematik im Haushaltsrecht dürfte Ihnen aus den letzten beiden Haushaltsreden bekannt sein. Gleichwohl möchte ich Ihnen noch einmal kurz das sogen. **3-Komponenten-System** im NKF vorstellen, weil dies zum besseren Verständnis der nachfolgenden Ausführungen beiträgt. Dieses System wird auch beim Stärkungspakt noch eine Rolle spielen.

Folie 6

In der ersten Komponente, dem Finanzplan, werden alle **Einzahlungen** und alle **Auszahlungen**, so wie sie es noch aus dem kameraleen Haushaltsrecht kennen, dargestellt und zwar getrennt nach

- laufender Verwaltungstätigkeit
- Investitionstätigkeit und
- Finanzierungstätigkeit

Folie 7

Der Saldo informiert über die tatsächliche finanzielle Situation einer Kommune, denn er weist nach, inwieweit die Kommune über liquide Mittel verfügt. Er ist in etwa vergleichbar mit dem alten kameraleen Haushalt. Im Haushaltsjahr 2012 ergibt sich ein **Gesamt-saldo von rd. - 25 Mio €** Er liegt damit um rd. **3,4 Mio € über dem in 2011 entstandenen (Plan)Saldo.**

Zur Beantwortung der Frage nach den Ursachen stelle ich Ihnen die wesentlichen Eckdaten des Finanzplanes 2012 vor.

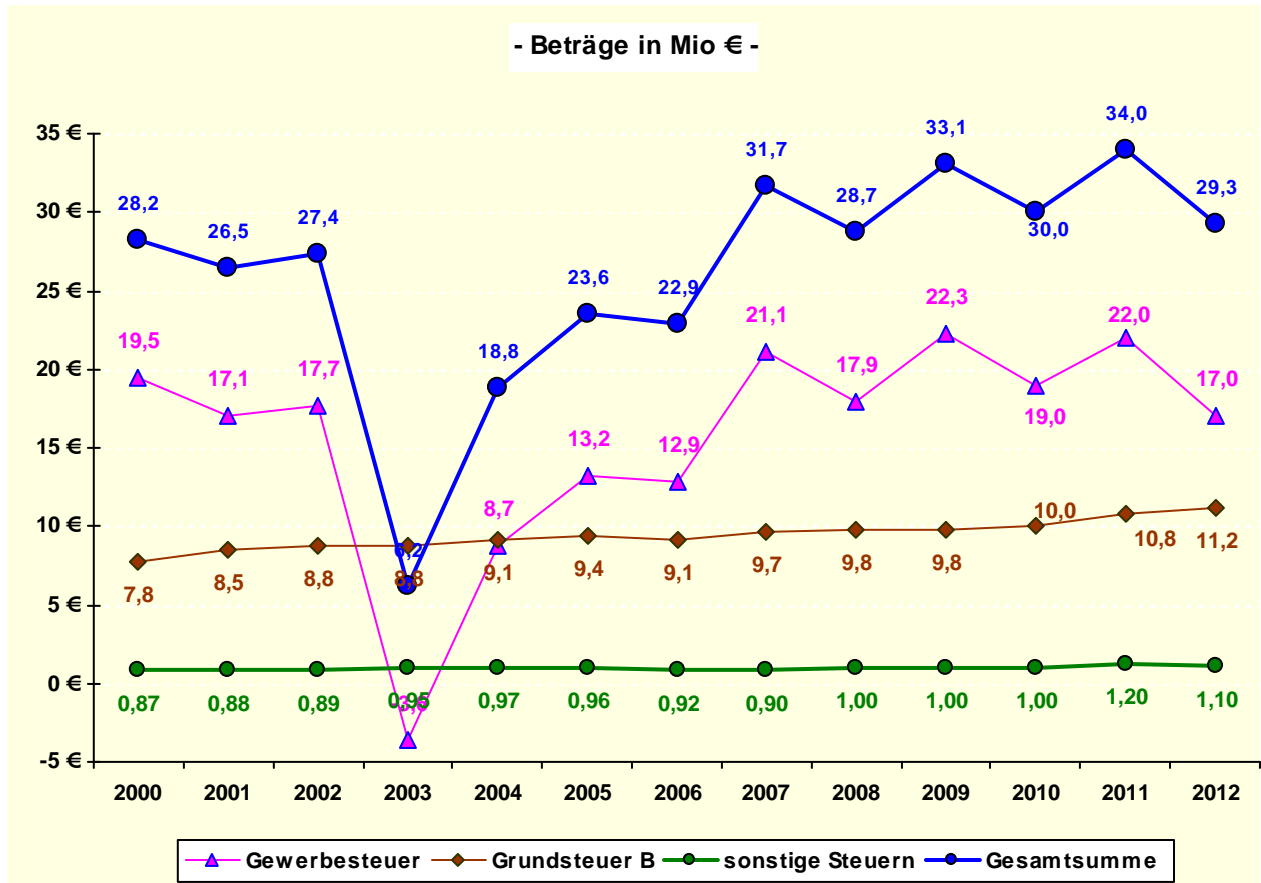
#### III. 1. einige Eckdaten zum Finanzplan 2012

Ich gehe bei der Darstellung der Daten auf das Jahr 2000 zurück. Das Jahr 2000 war das Jahr, in dem wir zuletzt beinahe den Haushaltsausgleich geschafft haben.

Ich beginne wie gewohnt auf der Einzahlungsseite und hier bei den **Realsteuern.**

## Steuereinnahmen 2012

Folie 8



Bei den **Gewerbesteuereinnahmen** waren wir nach dem guten Ergebnis für 2010 optimistisch. Wir waren gut durch die Krise gekommen; die Einbrüche, wie sie anderswo festzustellen waren, blieben in Dorsten aus. Deshalb waren wir der Auffassung, dass es in 2011 gelingen wird, das Ergebnis aus 2010 zu wiederholen. Doch es kam anders.

In 2011 begann es in der Energiebranche zu kriseln; die Angst vor hohem Investitions- und Abschreibungsbedarf ging um, nachdem die Bundesregierung die Energiewende eingeleitet hatte. Da die Energiebranche in Dorsten immer zu den besseren Gewerbesteuerzahlern gehörte, kam es in 2011 folgerichtig zu einem Einbruch. Dies wird sich fortsetzen. Da andererseits auch keine Betriebe in Sicht sind, die diese Ausfälle kompensieren werden, müssen wir heute davon ausgehen, dass das Gewerbesteueraufkommen nachhaltig auf einem niedrigeren Niveau, wir setzen es ab 2012 mit 17 Mio. € an, verharren wird. Wir können daher auch langfristig nicht auf die Gewerbesteuer setzen, wenn es um eine Verbesserung unseres Haushaltes geht, um die sich abzeichnenden einschneidenden Veränderungen in unserer Infrastruktur abzuwenden.

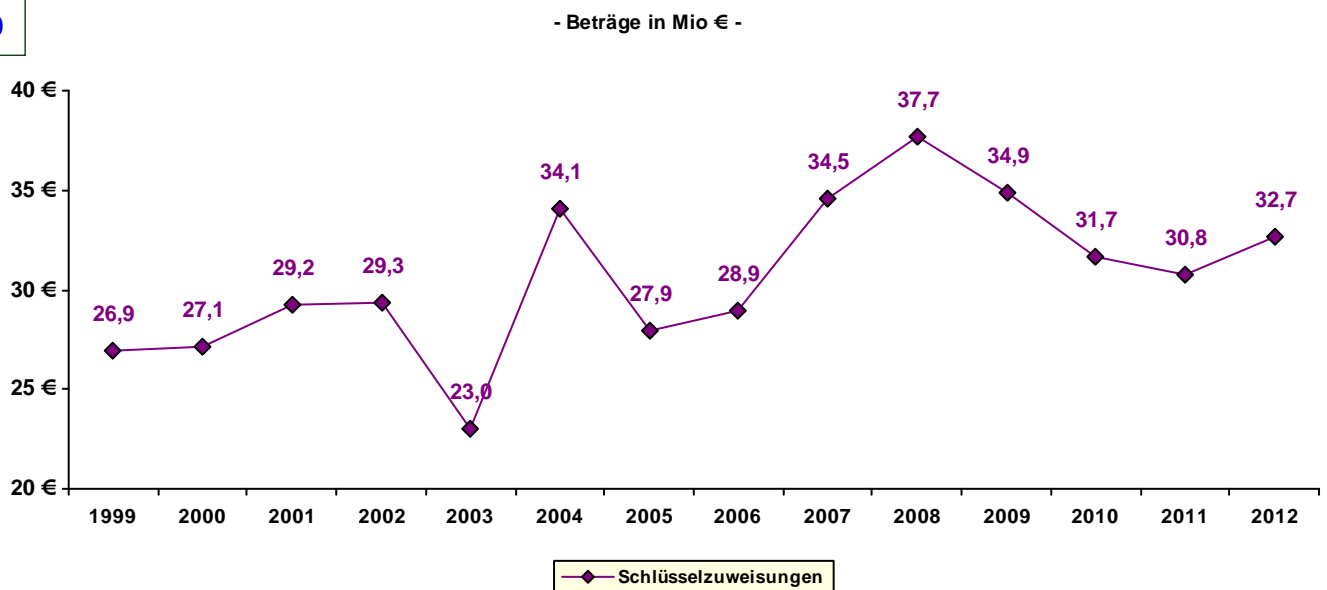
Bei den übrigen von uns beeinflussbaren Steuereinnahmen trat in 2011 eine Verbesserung durch die vom Rat beschlossenen Hebesatzänderungen ein. In 2012 kommt bei

der Grundsteuer B eine Verbesserung um 400.000 € hinzu, die aus der Hebesatzerhöhung auf 500% resultiert. Insgesamt muss man jedoch konstatieren, dass ein eigenes Steueraufkommen von 29,3 Mio. €, das gerade einmal ein Sechstel unserer Aufwendungen deckt, im Landesvergleich stark unterdurchschnittlich ist. Unsere Steuerschwäche werden wir auch langfristig nicht ausgleichen können, weil dies unsere Gewerbestruktur einfach nicht hergibt.

Dafür geht es bei den anderen Einnahmen jedoch wieder aufwärts.

### Die Schlüsselzuweisungen

Folie 9



des Jahres 2012 fallen im Planvergleich zum Vorjahr um rd. 1,8 Mio € besser aus. Die Ursachen sind aber vielfältig, weil die Struktur des GFG 2012 gegenüber 2011 und erst Recht gegenüber 2010 deutlich verändert worden ist.

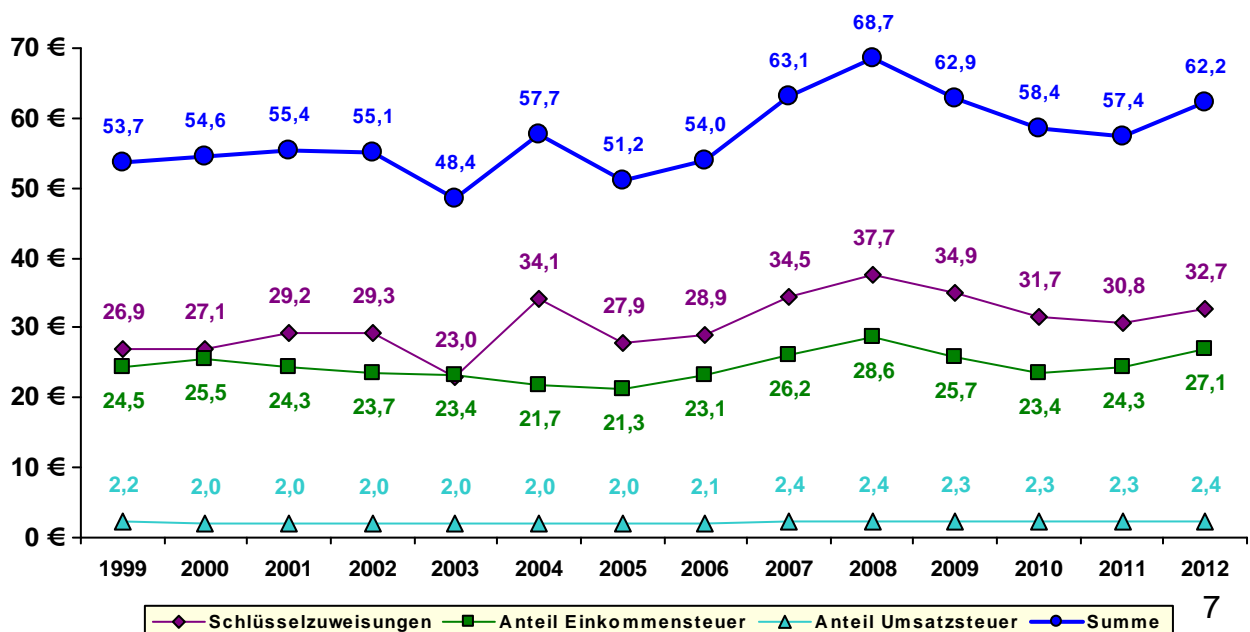
- Zunächst muss man feststellen, dass mehr Geld im Topf ist. Dies liegt nicht nur an der Entfrachtung von 300 Mio. €, die das Land bereits in 2010 vorgenommen hat, sondern vor allem an den guten Steuereinnahmen des Landes, an denen wir – übrigens seit Jahren unverändert - mit 23% beteiligt sind. Wenn der Innenminister betont, dass das Land den Kommunen noch nie so viel Geld gegeben hat, wie in 2012, so liegt dies nicht allein am Wohlverhalten des Landes, sondern an der Systematik.
- Unsere Steuerkraft ist um 4,5% gestiegen. Da die Steuerkraft im Land jedoch um 10,9% gestiegen ist, sind wir auch stärker am Ausgleichstopf beteiligt.

- Bei den strukturellen Änderungen muss man positiv anmerken, dass das Land endlich die Sozialausgaben so gewichtet, wie sie tatsächlich die Haushalte belasten. Jeder, der etwas anderes erzählt, und davon gibt es viele, weiß nicht, wovon er spricht. Jahrelang haben die von den Soziallasten verschonten Städte und Gemeinden mehr aus dem Topf bekommen, als ihnen nach der Belastung zusteht. Nun wird dies revidiert. Dass Sparen damit bestraft wird, kann ich nicht erkennen.
- Die Erhöhung der Gewichtung des Zentralitätsansatzes von 0,15 auf 0,65 trifft uns als Wohnortgemeinde hart. Sie nimmt uns viel wieder weg, was wir über den Soziallastenansatz zusätzlich bekommen. Es profitieren die Gemeinden, die viele Arbeitsplätze und – meistens jedenfalls – auch entsprechende Gewerbesteuer-einnahmen haben.
- Auch wenn Dorsten flächenmäßig eine große Stadt ist, so bekommen wir dennoch nichts aus dem neu eingeführten Flächenansatz, weil unsere Fläche, gemessen an der Einwohnerzahl, nicht über dem Landesdurchschnitt liegt.

Unserem **Ziel**, den sogen. Neutralisierungseffekt bei den Schlüsselzuweisungen durch den Kreisfinanzausgleich zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, sind wir dagegen nach wie vor keinen Schritt näher gekommen. Die Tatsache, dass die Schlüsselzuweisungen des Kreises durch die höhere Gewichtung des Soziallastenansatzes nicht so eklatant zurückgehen, wie wir das prognostiziert haben, liegt einzig und allein daran, dass mehr Geld im Topf ist. An der Systematik hat sich nichts geändert.

Folie  
10

Beim Anteil an der Einkommenssteuer  
- Beträge in Mio € -



geht es zwar wieder bergauf, aber wir haben noch nicht wieder das Niveau vor Beginn der Finanzkrise (2008) erreicht. Nach dem Ergebnis der letzten Steuerschätzung können wir zwar von einer Mehreinnahme von rd. 2,8 Mio € gegenüber dem Vorjahr ausgehen; am Höchststand des Jahres 2008 fehlen dann aber immer noch 1,5 Mio €.

**Insgesamt werden die Gesamteinnahmen in 2012 um rd. 0,2 Mio € unter den Plandaten des Jahres 2011 liegen, lässt man die Konsolidierungshilfe des Landes außen vor.**

### III.2. Nun **der Blick auf die Auszahlungsseite:**

Folie  
11

Bei den **investiven** Krediten gab es in den letzten 10 Jahren bis 2008 fast keine Veränderungen. Der Anstieg in 2009 hängt mit der Überführung des Freizeitbades Atlantis in das NKF und die damit verbundene Aktivierung als Vermögen der Stadt Dorsten zusammen.

Die Stadt Dorsten erhält seit 2010 keine pauschale Kreditgenehmigung mehr. Für die Gebührenhaushalte werden wir in den nächsten Jahren durchschnittlich rd. 3,5 Mio. € an Krediten benötigen. Die Genehmigung dieser Kreditaufnahme durch die Kommunalaufsicht wird unproblematisch sein. Im nichtrentierlichen Bereich wird es jedoch eine Kreditaufnahme nur geben können, wenn dadurch die Einhaltung des Haushaltssanierungsplanes nicht gefährdet wird. So stehen für die geplanten Investitionen im nichtrentierlichen Bereich nur zweckentsprechende Einzahlungen und Eigenmittel in Höhe von rd. 8,8 Mio € zur Verfügung, so dass ein Saldo von rd. 0,7 Mio € verbleibt. Wir müssen nun versuchen, für die hiervon betroffenen Einzelmaßnahmen jeweils Kreditaufnahmegenehmigungen der Kommunalaufsicht zu erhalten oder aber auf für notwendig gehaltene Investitionen in dieser Höhe verzichten.

Die **Liquiditätskredite** sind der Indikator auf die finanzielle Situation der Kommune schlechthin.

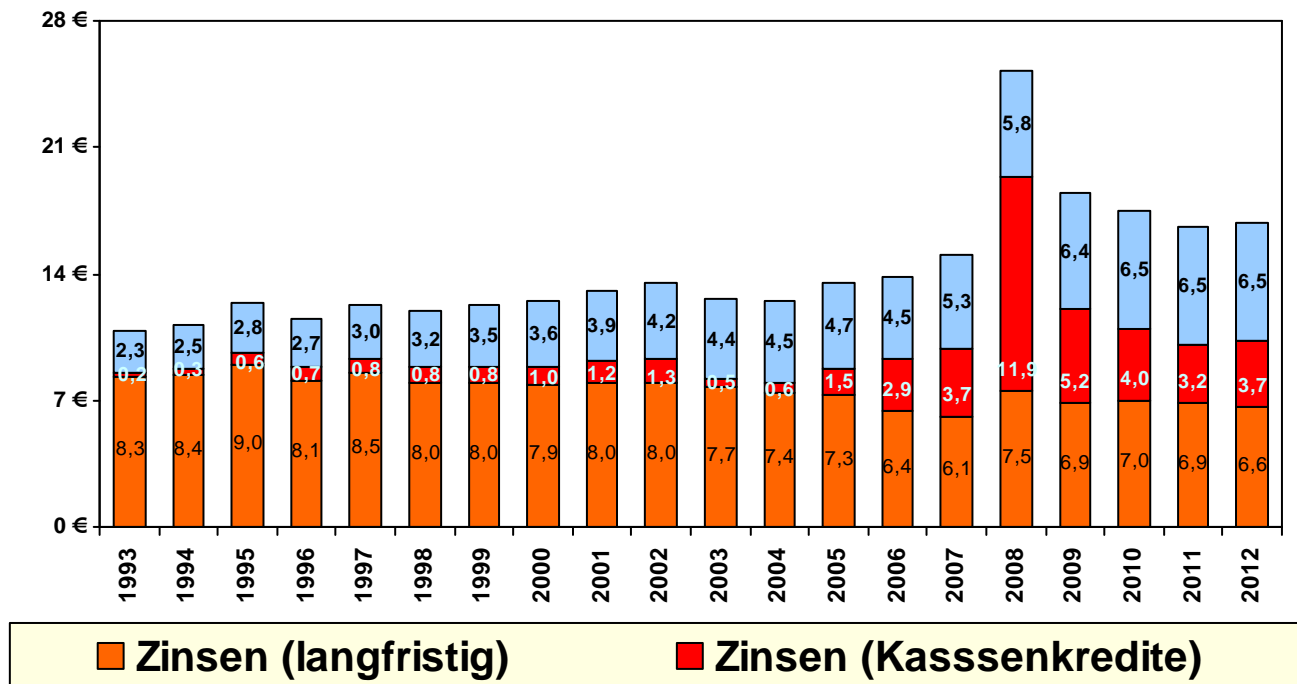
Aus der Grafik können Sie ersehen, dass die Höhe der Liquiditätskredite Ende 2009 die Höhe der Investitionskredite überstiegen hat. Die Höhe dieser Kredite wird sich i.d.R. jeweils in Höhe des Defizits des Finanzplanes, d.h. in diesem Jahr um rd. 25 Mio € erhöhen. Und dabei bleibt es nicht. In den Jahren 2013 bis 2015 werden noch einmal 41 Mio € hinzukommen, wenn nichts geschieht.



Nichts mehr, als diese Zahlen, machen deutlich, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt. Der Sprengstoff wird erst richtig deutlich, wenn wir uns die hierfür aufzubringenden Zinsen ansehen:

Folie 12

- Beträge in Mio € -



Sie sehen bei den **Zinsen für Investitionskredite**, dass diese ab 2009 trotz des höheren Kreditbestandes deutlich unter denen der 90-iger Jahre liegen. Der Durchschnittszinssatz liegt derzeit bei rd. 4,6 %. U.a. auch ein Erfolg unseres Schuldenportfoliomanagements.

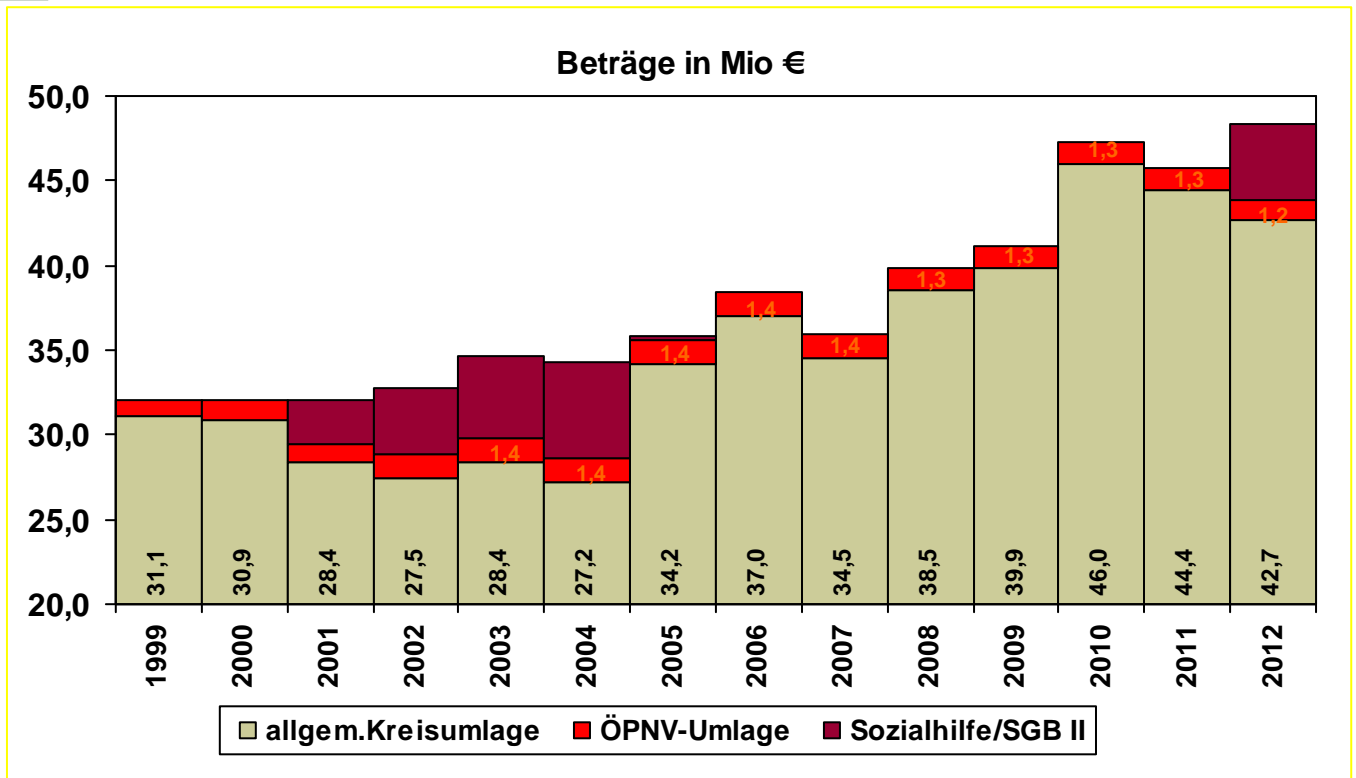
Z. Z. zahlen wir für unsere Liquiditätskredite genauso viel Zinsen wie in 2007, also vor der Finanzkrise. Allerdings hatten wir in 2007 rd. 50 Mio. € weniger Kassenkredite. Anfang 2010 hatten wir eine Durchschnittsverzinsung von 2,57%; z. Z. liegt sie bei 1,83%. Aufgrund des starken Wechselkurses des Schweizer Franken können derzeit auslaufende auf CHF lautende Liquiditätskredite nicht in Euro zurückkonvertiert werden. Darin sehe ich jedoch kein Risiko, da das Zinsniveau in der Schweiz noch immer deutlich unter dem im Euro-Raum liegt und wir wohl auch mittelfristig nicht in der Lage sein werden, Kassenkredite im größeren Umfang abbauen zu können.

Es muss allerdings gesehen werden, dass wir bei der Zinshöhe den Entwicklungen des Finanzmarktes wehrlos ausgeliefert sind. Jeder Prozentpunkt, um den das Zinsniveau steigt, würde der Stadt Dorsten rd. 1,8 Mio. € kosten!!

Die größte Auszahlungsposition in unserem Haushalt stellt nach wie vor die **Kreisumlage** dar.

Folie 13

### Entwicklung der Kreisumlage (einschl. ÖPNV-Umlage)



Ihr Hebesatz wird zwar gegenüber 2011 von 52,98 % auf 48,86 % sinken. Nun könnte man glauben, dass die Kreisumlage auch nominell sinkt. Doch davon sind wir weit entfernt. Die Senkung des Hebesatzes hat zwei wichtige Ursachen:

- Zum Einen sind die Umlagegrundlagen durch die Steuerkraftentwicklung und die Schlüsselzuweisungen in den Städten um über 50 Mio. € gestiegen. Blicke der Hebesatz unverändert, würde der Kreis also automatisch mehr Geld von uns erhalten. Allein durch diesen Umstand muss der Hebesatz also gesenkt werden.
- Ab 2012 gibt es eine neue SGB-II-Umlage. 40% der Ausgaben für SGB II werden nicht mehr über die allgemeine Kreisumlage gedeckt, sondern nach der Verursachung in der einzelnen Stadt. Dies sind kreisweit rd. 42 Mio. €, die aus der allgemeinen Kreisumlage herausfallen. Dies ist sehr zu begrüßen, weil dadurch ein Gleichschritt mit dem Soziallastenansatz im Schlüsselzuweisungssystem etabliert wird. Dorsten profitiert hiervon mit etwa 650.000,- €.

Nominell wird die Kreisumlage in 2012 allerdings trotzdem steigen. Dies liegt zum Einen an dem weiter ungebremsten Anstieg der Soziallasten, aber auch an der Umlage des

Landschaftsverbandes und dem Umstand, dass der Kreis, der bisher keinen ausgeglichenen Haushalt hatte, seinen Haushalt in 2012 ausgleichen muss.

#### Folie 14

Nur geringfügig steigen in 2012 die **Personalkosten**, nämlich um 0,3% gegenüber 2011. Bereits in 2011 haben wir berichtet, dass uns die GPA bescheinigt hat, einen Personalbestand zu haben, der interkommunal günstig auf dem Niveau des Minimalwertes vergleichbarer Städte liegt, was beweise, dass die Personalpolitik in Dorsten mit Augenmaß betrieben und hierdurch ein kontinuierlicher Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet werde. Diese Personalpolitik wollen wir auch in 2012 fortsetzen. Gegenüber dem Stellenplan 2011 werden wir in 2012 weitere 10 vollzeitverrechnete Stellen abbauen. Durch normale Fluktuation und ohne betriebsbedingte Kündigungen, das möchte ich betonen! Damit steht aber auch fest: In den nächsten Jahren wird es bei den Personalausgaben – vorausgesetzt, wir verändern keine Standards - keine großen Beiträge zur Haushaltssicherung mehr geben können.

#### IV. Ergebnisplan 2012

#### Folie 15

Wären wir noch im kameralen Haushalt, wäre ich jetzt am Ende. Der Haushalt 2012 schliesse mit einem Fehlbedarf von 25,5 Mio. € ab. Wenn Sie sich an das "3-Komponenten-System" erinnern, wissen Sie jedoch, dass das Ergebnis des Finanzplanes die Frage nach dem Haushaltsdefizit im NKF nicht abschließend beantwortet. Dazu ist vielmehr der Ergebnisplan heranzuziehen, denn sein Ergebnis bewirkt eine Erhöhung oder Minderung des Eigenkapitals. Er ist für die Frage von Bedeutung, ob der zu erstellende Haushaltssanierungsplan ausreichend und damit genehmigungsfähig ist. Denn entgegen allen Aussagen, die im Raume stehen, steht im Stärkungspaktgesetz ausdrücklich drin, dass es auf den Ergebnisplan ankommt und nicht auf den Finanzplan.

Der Haushaltsausgleich am 31.12.2016 bemisst sich, so das Gesetz, **in der Regel am Ergebnishaushalt**. Es mag Ausnahmen geben; die Ausnahme wird aber sicherlich nicht die Regel sein. Das hat uns Innenminister Jäger am 19.01. noch einmal deutlich gesagt und sich damit klar von denen auch aus seiner eigenen Fraktion abgegrenzt, die etwas anderes behaupten.

Das bedeutet, dass neben den zahlungswirksamen Ein- und Auszahlungen auch die nichtzahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen durch den Haushaltssanierungs-

plan abgedeckt werden müssen. Ziel ist es also, den Vermögensverzehr aufzuhalten und umzukehren.

Dieser bestehen im Wesentlichen aus den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten, den Abschreibungen und den Rückstellungen, wobei bei Letzteren insbesondere die Pensionsrückstellungen von Bedeutung sind. Diese Veränderungen belaufen sich auf ein Minus von insgesamt rd. 7,2 Mio €.

## V. Gesamtfehlbedarf 2012

**Folie 16** Der Gesamtfehlbedarf 2012 stellt sich somit wie folgt dar:

Ergebnis des Finanzplanes:	= 25.505.959 €
nichtzahlungswirksames Ergebnis:	= 7.229.213 €
<b>= Gesamtfehlbedarf</b>	<b>= 32.735.172 €</b>

Gegenüber über dem Fehlbedarf des Jahres 2011 tritt somit eine Verbesserung um rd. 400.000 € ein.

## VI. Stärkungspakt Stadtfinanzen

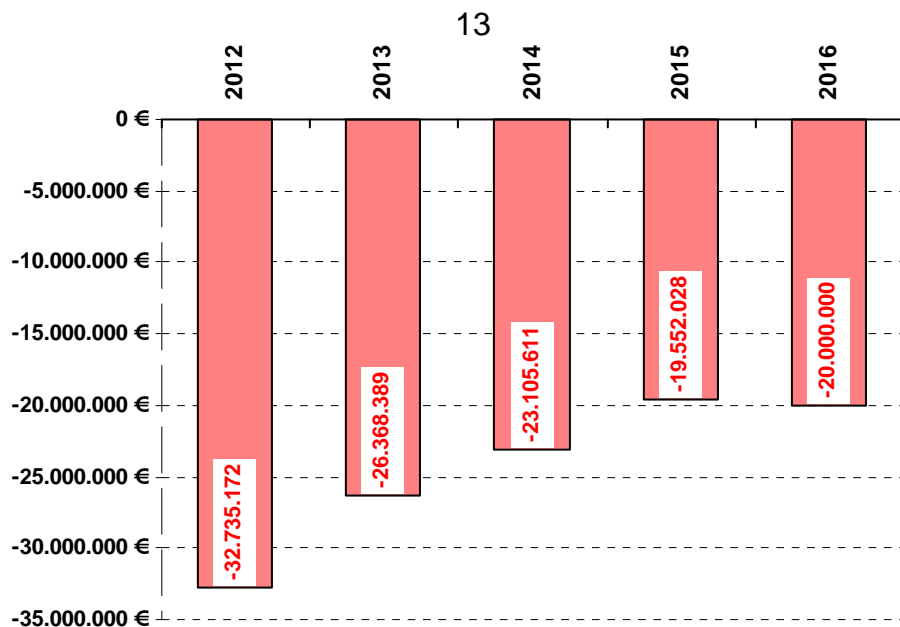
Der Bürgermeister hat bereits einiges zum Stärkungspakt Stadtfinanzen gesagt. Ich möchte aufzeigen, wie es nun in Euro und Cent in unserer Stadt weitergeht.

Hierzu muss ich nun auf die mittelfristige Finanzplanung eingehen. Dieses Instrument hat bisher eher ein Schattendasein geführt. Als Blick in die Glaskugel sozusagen. Wir alle wissen, dass man in unserer schnelllebigen Zeit kaum in die Zukunft schauen kann. Aber genau das wird nun von uns verlangt. Die Zielmarke, die wir erreichen müssen, ist auf das Jahr 2016 fokussiert.

Denn wir sind verpflichtet, einen Haushaltssanierungsplan aufzustellen, der in der Regel spätestens am 31.12.2016 den Haushaltsausgleich darstellen muss. Nun stellt sich natürlich die Frage, wie groß die Lücke ist, die wir bis 2016 schließen müssen.

Hierzu möchte Ihnen zunächst unseren Finanzplan vorstellen, der bis 2015 reicht. Der Finanzplan weist folgende Lücken auf:

**Folie 18**



Für 2016 habe ich dabei unterstellt, dass das Loch in etwa ebenso groß sein wird wie in 2015.

Wie wurden diese Zahlen ermittelt? Das Land NRW gibt alljährlich Orientierungsdaten heraus, die die Gemeinden bei ihren Haushaltsplanungen berücksichtigen sollen. Dem Begriff „Orientierung“ wohnt aber mehr inne. Man bekommt schon ein Argumentationsproblem, wenn man vor Ort die Rahmendaten des Landes **nicht** nimmt.

Diese Orientierungsdaten sehen für die Jahre bis 2015 sehr hohe Steigerungsraten bei den Steuern und allgemeinen Zuweisungen vor, nämlich durchschnittlich jährlich mehr als 4%. Die Landesregierung geht – wie der Bund - davon aus, dass sich das derzeitige Wirtschaftswachstum nicht nur fortsetzt, sondern noch verstärkt. Ansonsten sind diese Steigerungsraten nicht zu erzielen. Darauf, dass die Konjunktur sich eintrübt, sind die Orientierungsdaten nicht ausgerichtet. Und Steuersenkungen sind auch nicht eingerechnet.

Gleichzeitig gehen die Orientierungsdaten aber auch davon aus, dass die Ausgabenanstiege deutlich unterhalb der Inflationsrate bleiben. Für Personal- und Sachaufwand werden jeweils 1%; für die Transferaufwendungen 2% angesetzt. Für Kommunen in der Haushaltssicherung wird zudem erwartet, dass diese Anstiege noch unterboten werden, weil es ja noch Sparpotential gibt, das es zu heben gilt.

Nun kann man wegen der zurückgehenden Defizite glauben, dass in den nächsten Jahren alles besser wird und man eigentlich nur noch abwarten muss, bis die Defizite von selbst verschwinden. Wir haben allerdings eher die Erfahrung gemacht, dass Lasten von heute mit Zuwächsen in der Zukunft finanziert werden sind, man jedoch vergessen hat, auch die Lasten fortzuschreiben.

Am schlimmsten ist jedoch, dass mit solchen Prognosen neue Begehrlichkeiten geweckt werden. Steuersenkungen zum Beispiel. Ich habe noch nie erlebt, dass Wachstum zur Tilgung von Schulden verwendet worden ist.

Deshalb ist die Realität oft eine Andere. Die mittelfristige Finanzplanung ist noch nie eingetroffen! Die späteren tatsächlichen Zahlen waren immer schlechter.

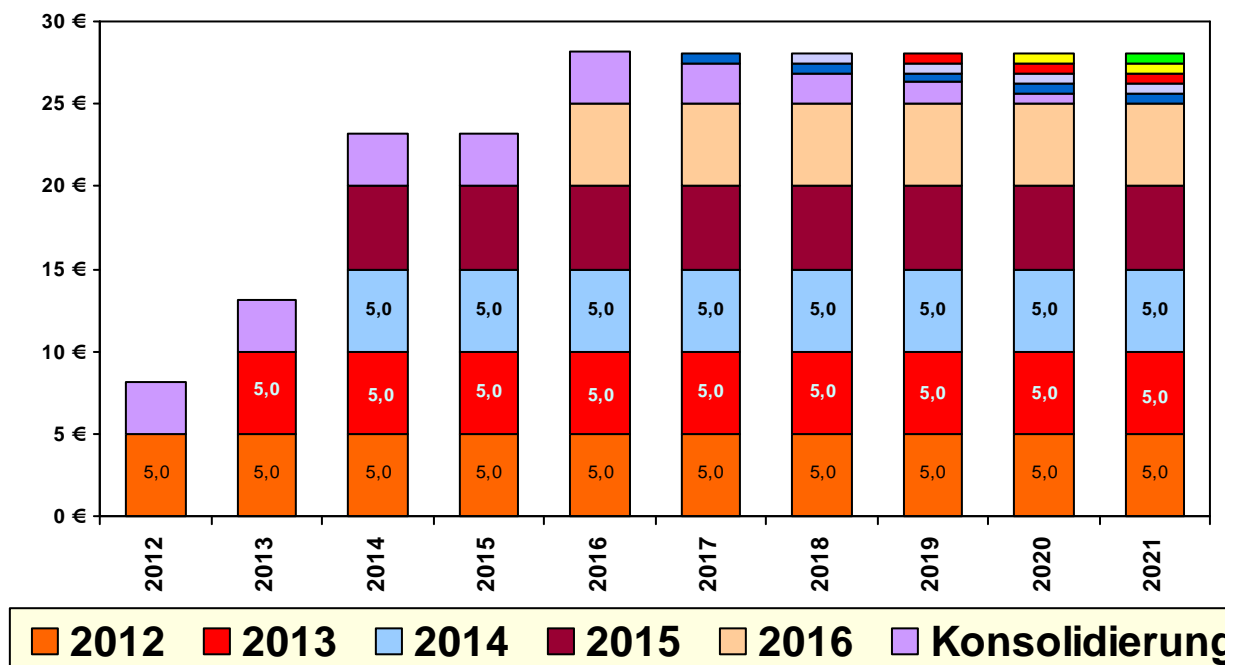
Da sich nun das Konsolidierungsziel 31.12.2016 nicht ändern wird, wenn die oben genannten optimistischen Zahlen nicht eintreffen, wird das zur Folge haben, dass wir einem noch stärkeren Konsolidierungsdruck ausgesetzt sein werden. Hohe Tarifabschlüsse, hohe Inflationsraten oder Zinssteigerungen sind pures Gift für diesen Haushalt!

Wir sollten deshalb vorsichtig sein und davon ausgehen, dass wir in 2016 eine Lücke von 25 Mio. € zu schließen haben werden. Die eigentliche Lücke beträgt allerdings 28,16 Mio. €, weil wir ja eine Konsolidierungshilfe von 3,16 Mio. € erhalten. Daraus ergeben sich folgende Konsolidierungsschritte:

Folie 19

### Jährliche Konsolidierungsschritte

- Beträge in Mio € -



Im Jahre 2012 müssen wir 5 Mio. € generieren; in 2013 sind es schon 10 Mio. €. Das setzt sich fort mit 2014 mit 15 Mio. € und 2015 mit 20 Mio. €, bis wir letztlich im Jahre 2016 einen ausgeglichenen Haushalt **einschließlich** Konsolidierungshilfe haben.

Damit ist die Konsolidierung allerdings nicht zu Ende. In 2017 setzt dann der Abbau der Konsolidierungshilfe ein, denn ab 2021 muss der Haushalt ohne Konsolidierungshilfe ausgeglichen sein. Somit sind ab 2017 – jährlich gleichbleibende Schritte unterstellt, jährlich weitere 0,6 Mio. € zu generieren.

Wie geht es jetzt weiter?

Der Haushalt, den wir Ihnen heute vorlegen, ist in der vorliegenden Form nicht beschlussfähig. Warum legen wir Ihnen dann heute einen nicht beschlussfähigen Haushalt vor? Das ist der Tatsache geschuldet, dass wir gar nicht anders konnten. Wie sollten wir bis heute einen Haushaltssanierungsplan erstellen, wenn sich in den letzten Wochen erst die Grundzüge des Gesetzes verfestigt haben? Wie sollen wir andererseits einen Haushaltssanierungsplan erstellen, wenn wir hierfür keine Datengrundlage haben?

Folie 20

Wir benötigen jedoch eine Datengrundlage. Betrachten Sie deshalb das Werk als Ausgangsbasis dafür, was nun kommt. Die Überlegungen der nächsten Monate werden an diesem Entwurf anknüpfen, damit wir nicht im luftleeren Raum tappen. Der Terminplan wird eng gestrickt sein. Am 27.06.2012 muss der Rat einen Haushaltssanierungsplan beschließen. Wenn man die Zeit der Beratung abzieht, so muss der Entwurf Ende April 2012 fertig gestellt sein, damit wir ihn Mitte Mai Ihnen vorlegen können.

Bereits in 2012 müssen zudem die ersten Haushaltssanierungsmaßnahmen greifen. Das Gesetz sieht vor, dass die Konsolidierung in gleichen Schritten stattfinden muss, sofern sich die Kommune mit der Bezirksregierung nicht auf andere Konsolidierungsziele verständigt. Es bleibt also keine Zeit.

Als ersten Schritt in diese Richtung hat der Verwaltungsvorstand deshalb am vergangenen Freitag darüber beraten, ob wir ein erstes Konsolidierungspotenzial in Höhe von 2,5 Mio. € dadurch heben, indem wir die Zitrone noch einmal ordentlich ausquetschen. Zu diesem Zweck überlegen wir, die Sach- und Transferaufwendungen mit sofortiger Wirkung, allerdings dauerhaft fortwirkend, pauschal um 2,5 Mio. € zu kürzen.

Doch dies wird für 2012 noch nicht reichen! Wir müssen in 2012 5 Mio. € sparen! Durch weitere Einzelmaßnahmen müssen wir also weitere 2,5 Mio. € noch in diesem Jahr locker machen. In 2013 werden dann weitere 5 Mio. € fällig usw. Wir werden sehen, ob das geht. Alleine entscheiden können wir das nicht. Wir brauchen die Bezirksregierung!

Wer nach zusätzlichen Bundes- und Landesmitteln ruft, sollte nicht zuviel Hoffnung haben. Das Land sieht sich nun nicht mehr in der Pflicht, noch mehr zu tun. Auf zusätzliche Landesmittel können wir daher nicht setzen. Und welche Auffassung der Bund hat, habe ich am Anfang bereits versucht, zu beschreiben.

Wenn wir an den Angeboten und Einrichtungen nicht mehr rütteln können oder wollen, dann bleibt nur noch der Weg über die Steuererhöhung. Alles das, was wir auf der Ausgabenseite nicht einsparen wollen oder können, muss über die Erhöhung der Einnahmen finanziert werden. Das Junkernheinrich/Lenk-Gutachten nennt es den Bürgerbeitrag.

**Folie 21** 22.000 € sind ein Punkt Grundsteuererhöhung. 10 Punkte sind 220.000 €, 100 Punkte sind 2,2 Mio. €. Selm hat in der vorletzten Woche die Grundsteuer B auf 825% erhöht und schafft damit den Haushaltsausgleich. Bei diesem Hebesatz hätten wir Mehreinnahmen von 7,15 Mio. €.

Wir müssen den Bürgern sagen, welche Steuererhöhungen ihnen drohen, wenn wir Sparmaßnahmen, die wir beschließen könnten bzw. müssten, nicht beschließen wollen. Mit den Entscheidungen über die Sparmaßnahmen haben wir es ein Stück selbst in der Hand, wie stark wir an der Steuerschraube drehen. Wir können also auch selbst etwas tun, um die Steuerbelastung unserer Bürger in Grenzen zu halten. Jedoch entscheiden wir bei diesen Fragen nur bedingt allein! Im Boot ist immer auch die Bezirksregierung.

Zum Thema Steuererhöhungen möchte ich hier Friedrich den Großen zitieren:

*Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, dass jeder einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss.*

Der Weg der Haushaltssicherung geht also nicht nur über Steuererhöhungen. Wir müssen auch unsere Aufwendungen verringern!

Ein **Weiter so** gibt es jedenfalls nicht.

**Folie 22** Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

**Es gilt das gesprochene Wort!**



**Stadt Dorsten**

---

# Haushalt 2012

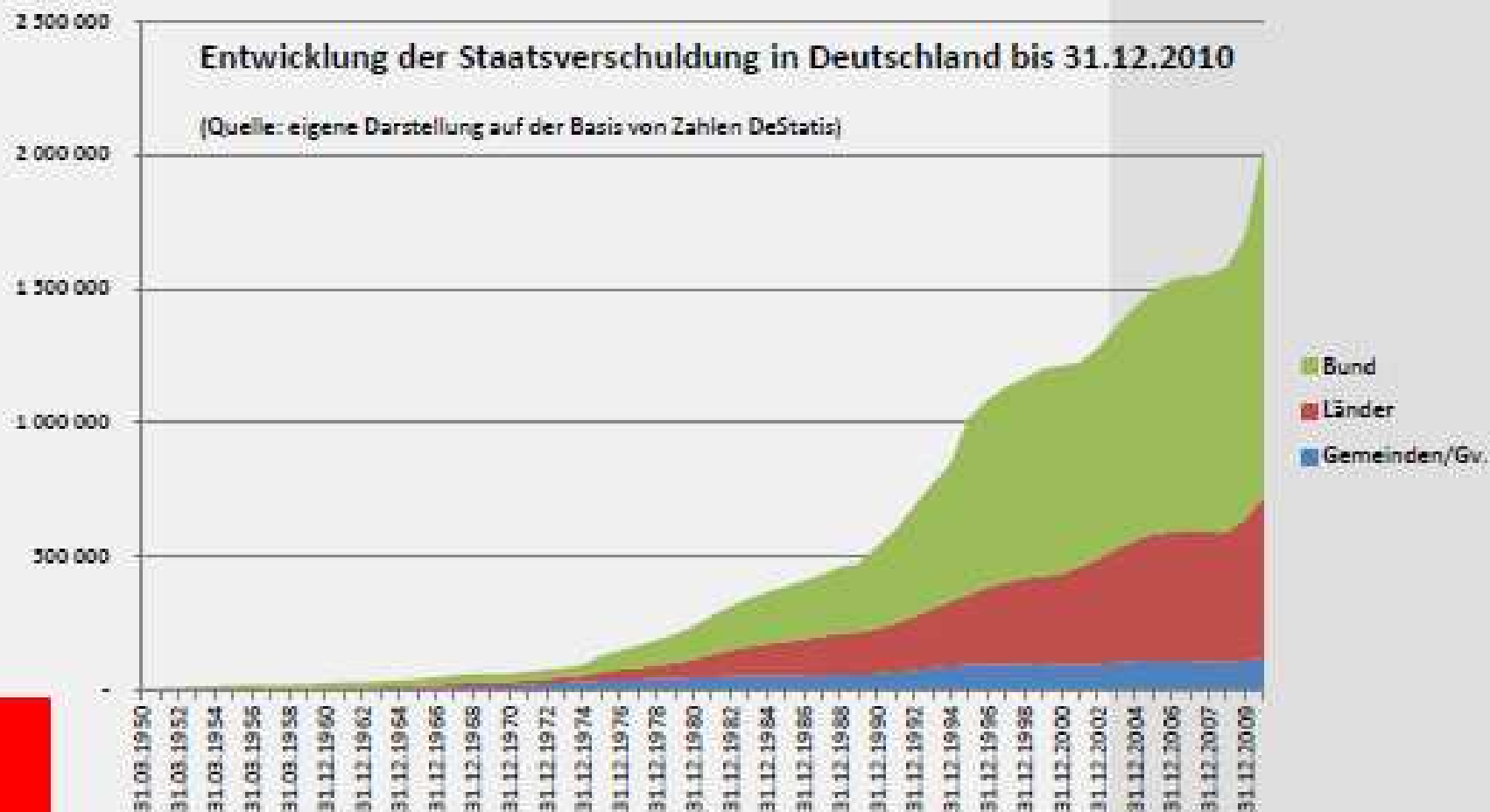


# Haushaltsentwicklung 2011

## - Haushaltsdefizit -

	<b>Planung</b>	<b>voraus- sichtl. Ergebnis</b>	<b>Abwei- chung</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>€</b>
<b>bei Einbringung ( Januar 2011 )</b>	<b>-32.172.932</b>		
<b>Verschlechterung</b>	<b>134.590</b>		
<b>bei Verabschiedung ( Juni 2011 )</b>	<b>-32.307.522</b>	<b>rd. 32 Mio €</b>	<b>Voraus- sichtlich keine</b>

# Finanzkrise im Kontext - Deutschland

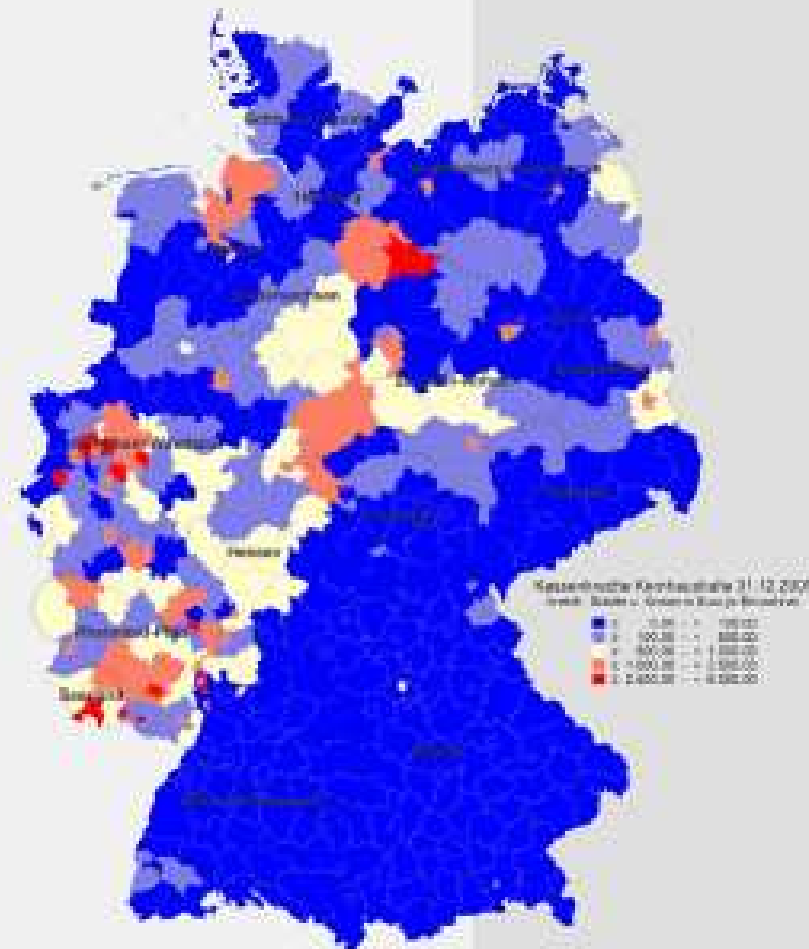




## Kommunale Kassenkredite 31.12.2009

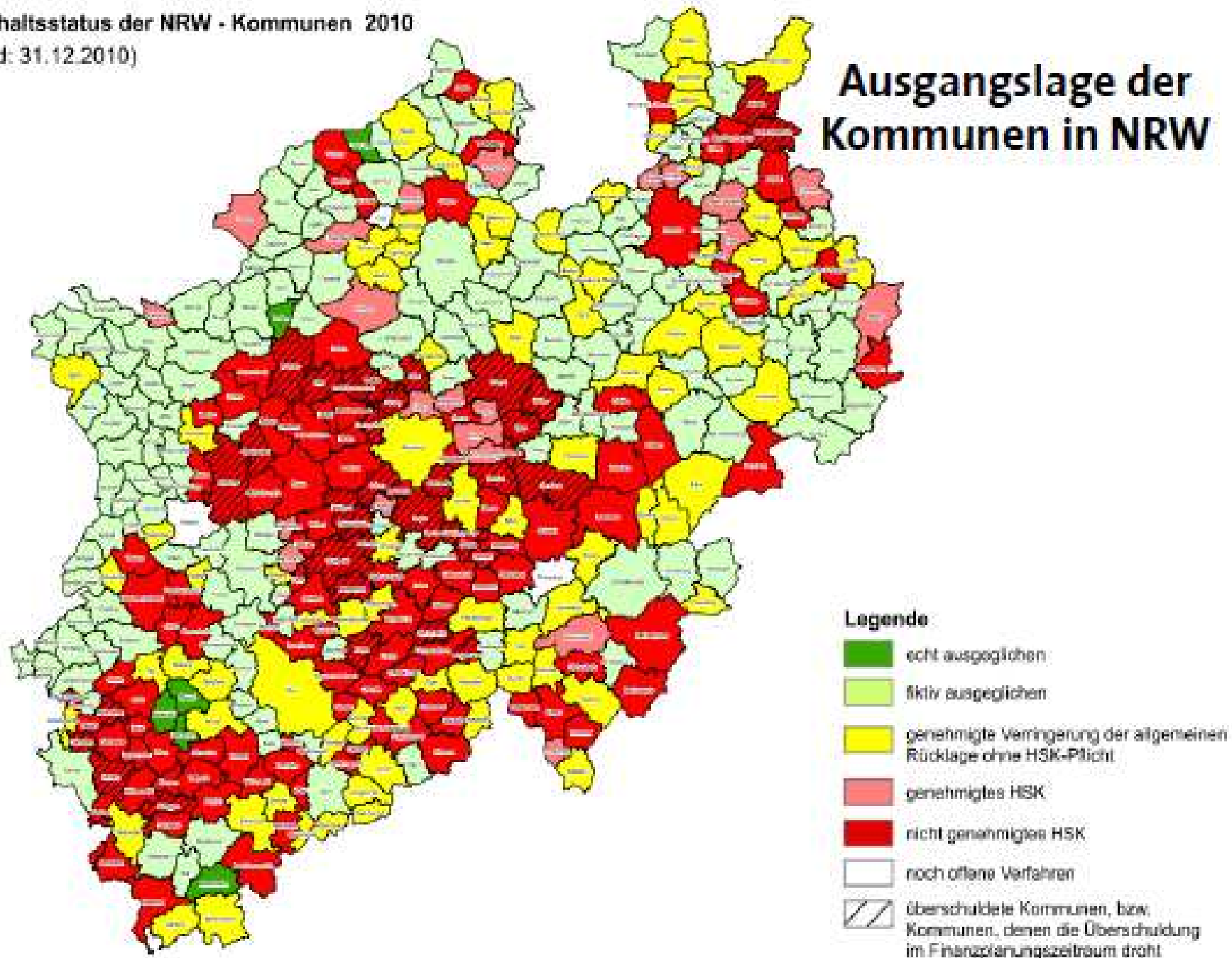
nach kreisfreien  
Städten und Kreisen  
in Euro je Einwohner

(Quelle: Prof. Dr. Junkerheinrich)

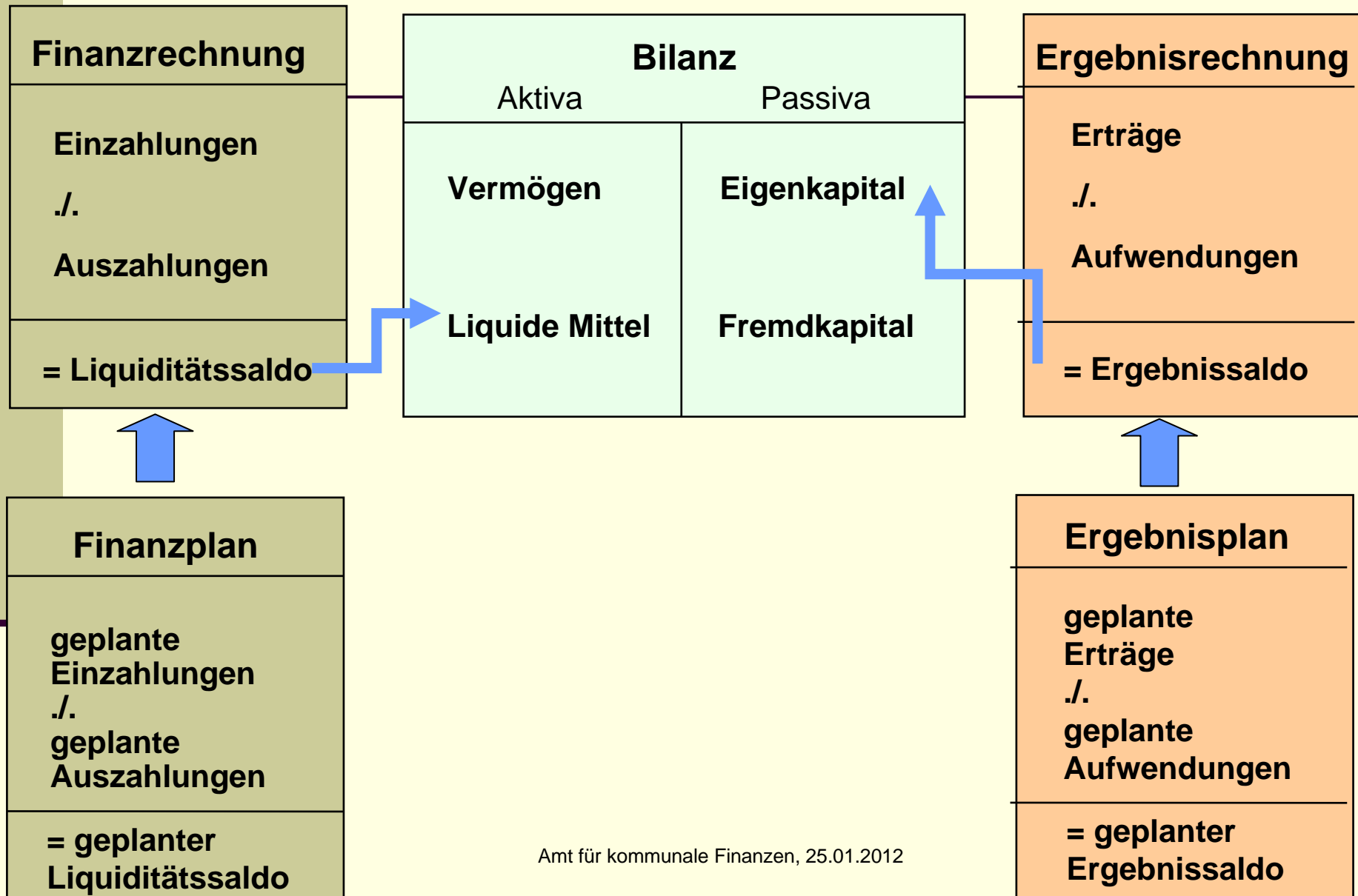


Haushaltsstatus der NRW - Kommunen 2010  
(Stand: 31.12.2010)

## Ausgangslage der Kommunen in NRW



# Das 3-Komponenten-System im

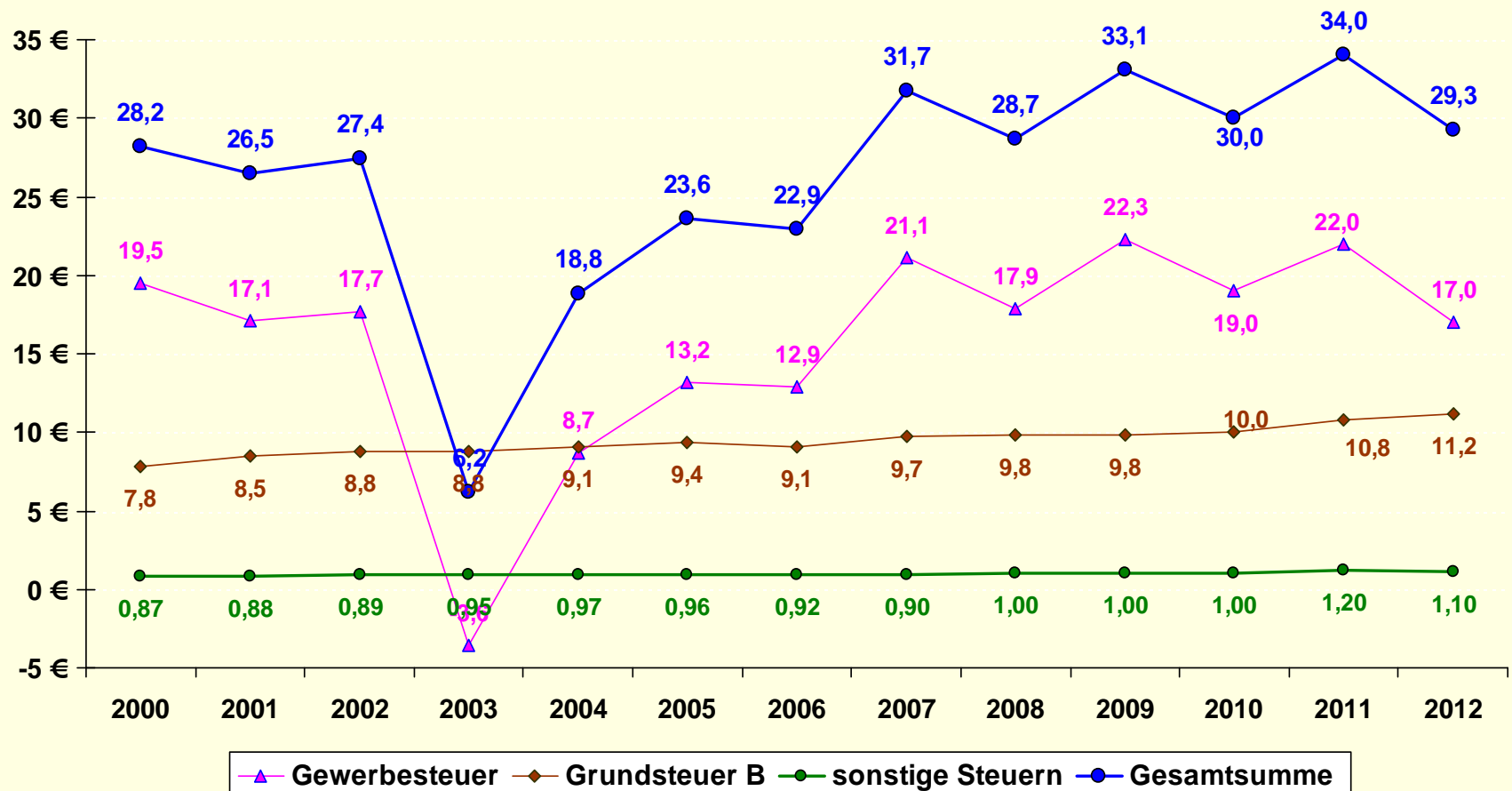


# Finanzplan 2012

<b>Finanzplan</b>	Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	- 18.314.326 €
geplante Einzahlungen (181.494.423 €)	Saldo aus Investitionstätigkeit	- 4.922.068 €
./. geplante Auszahlungen (207.000.382 €)	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	- 2.269.565 €
= geplanter Liquiditätssaldo (-25.505.959 €)	Liquiditätssaldo insgesamt	- 25.505.959 €

# Entwicklung der eigenen Steuereinnahmen

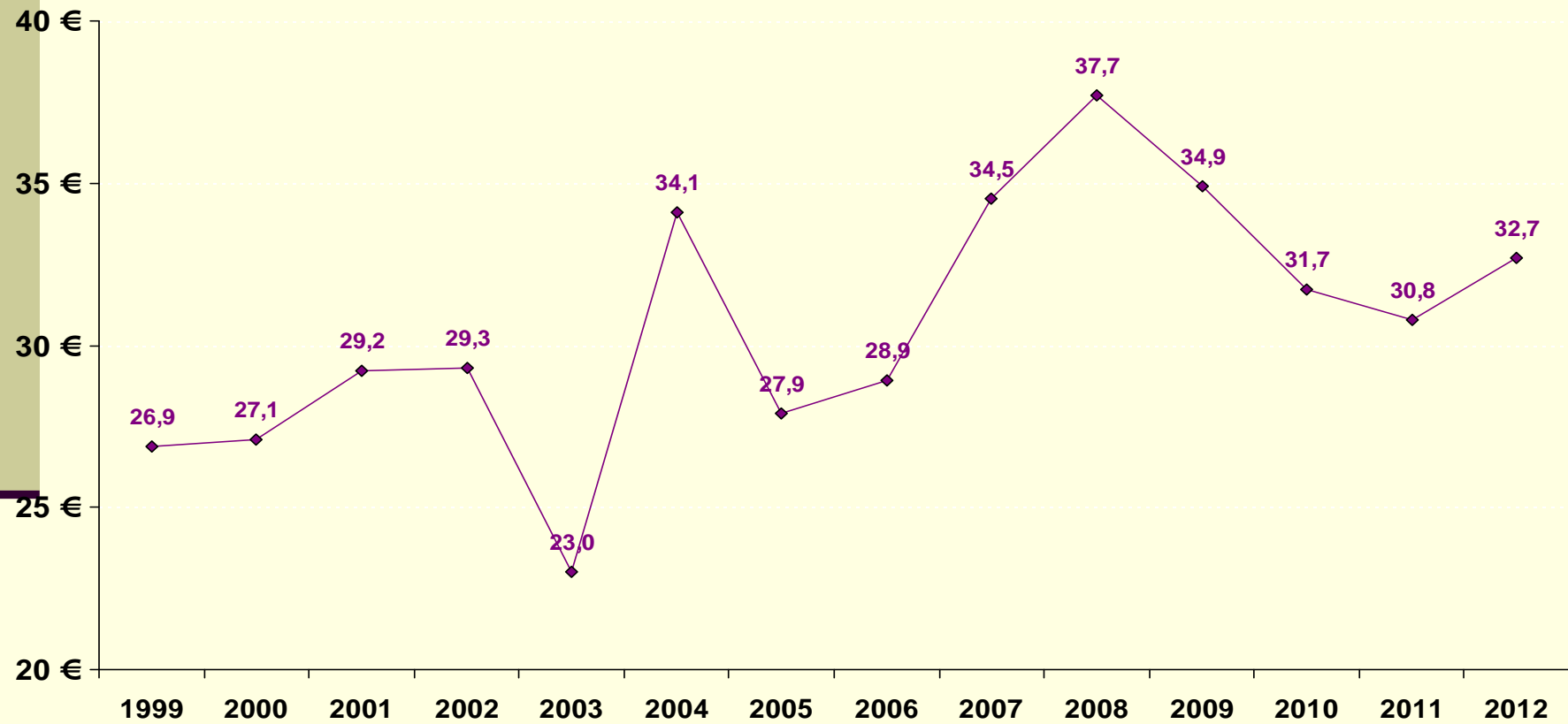
- Beträge in Mio € -





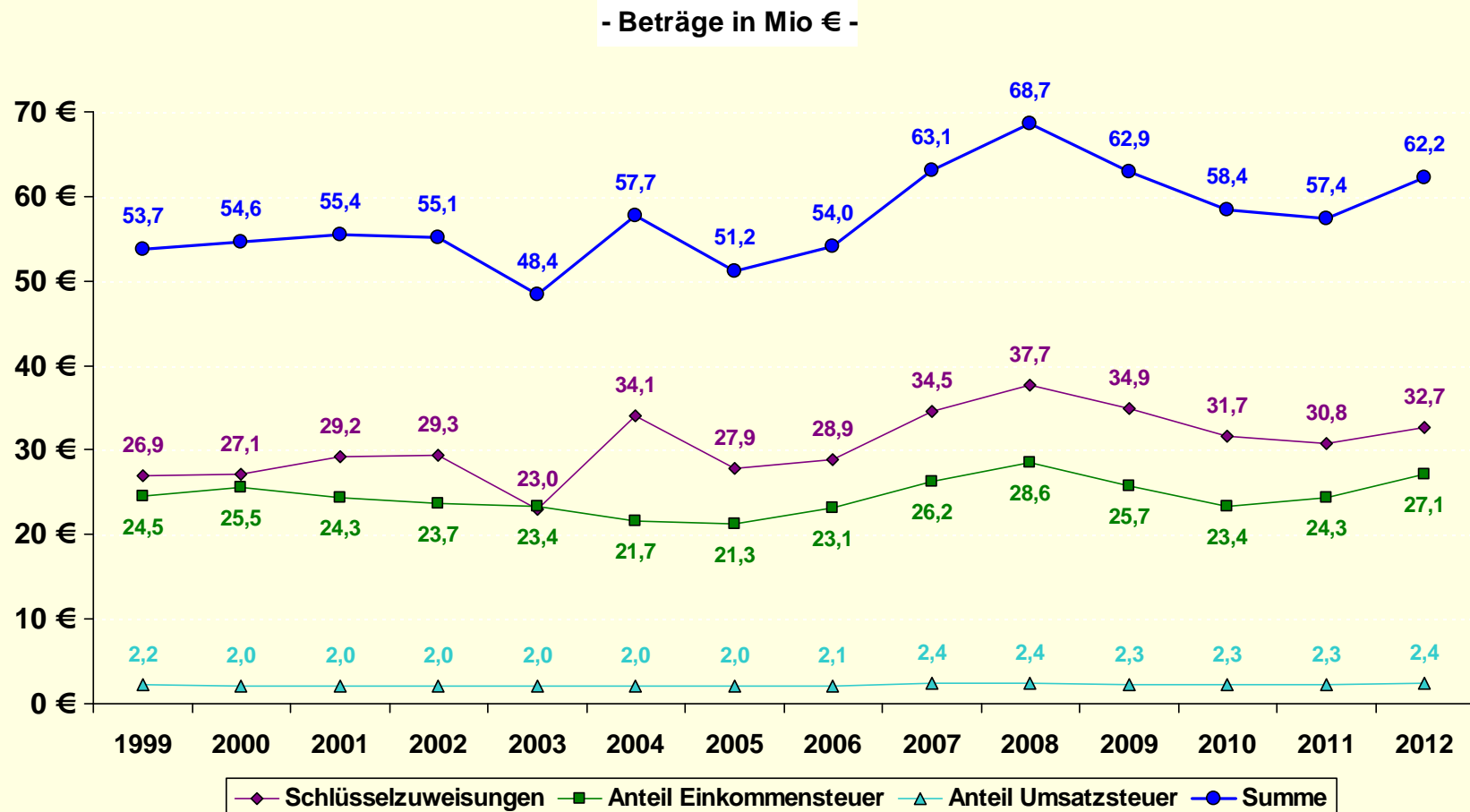
# Schlüsselzuweisungen

- Beträge in Mio € -



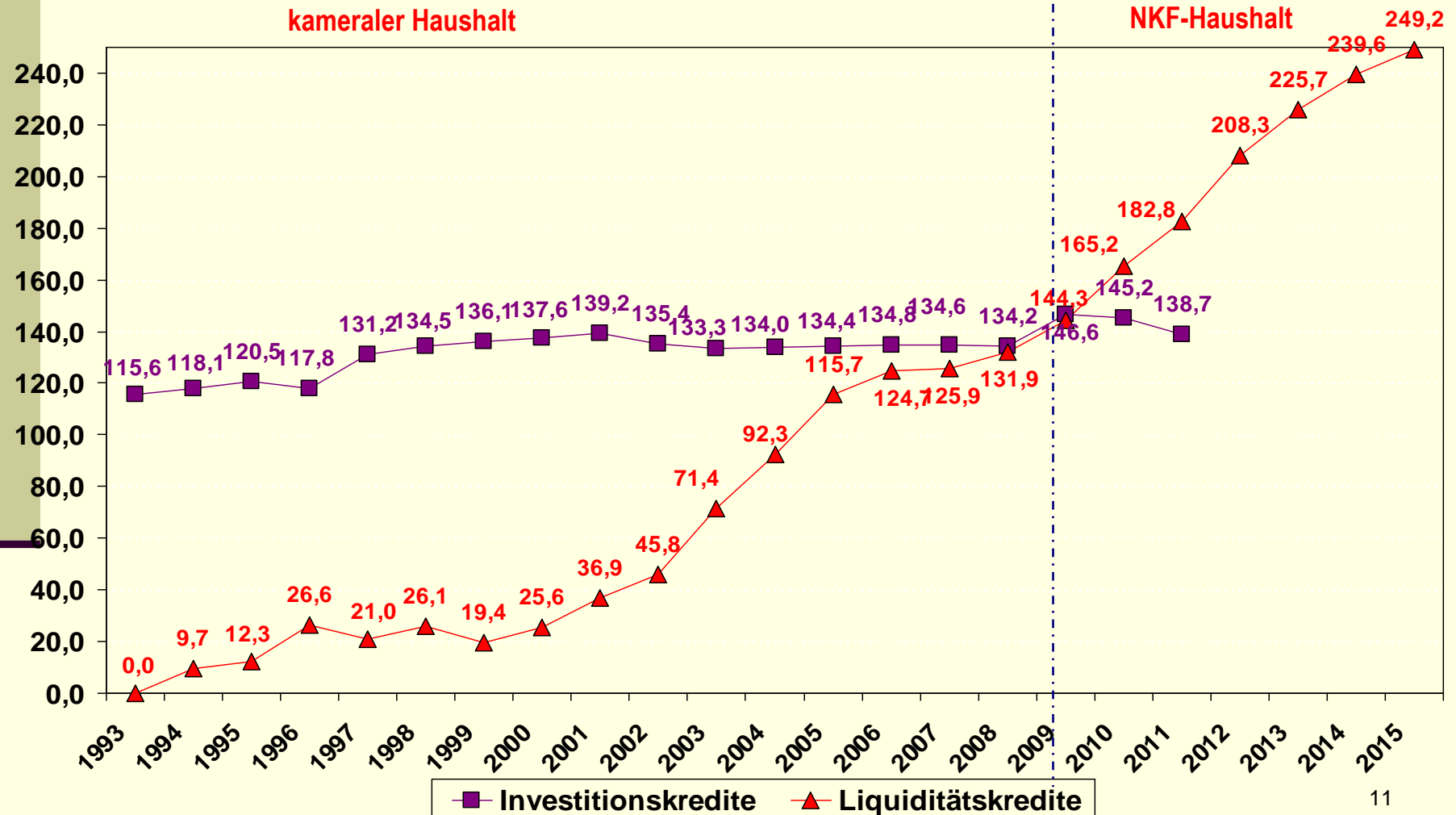
Am  Schlüsselzuweisungen 12

# Anteil an der Einkommens- /Umsatzsteuer, Schlüsselzuweisungen



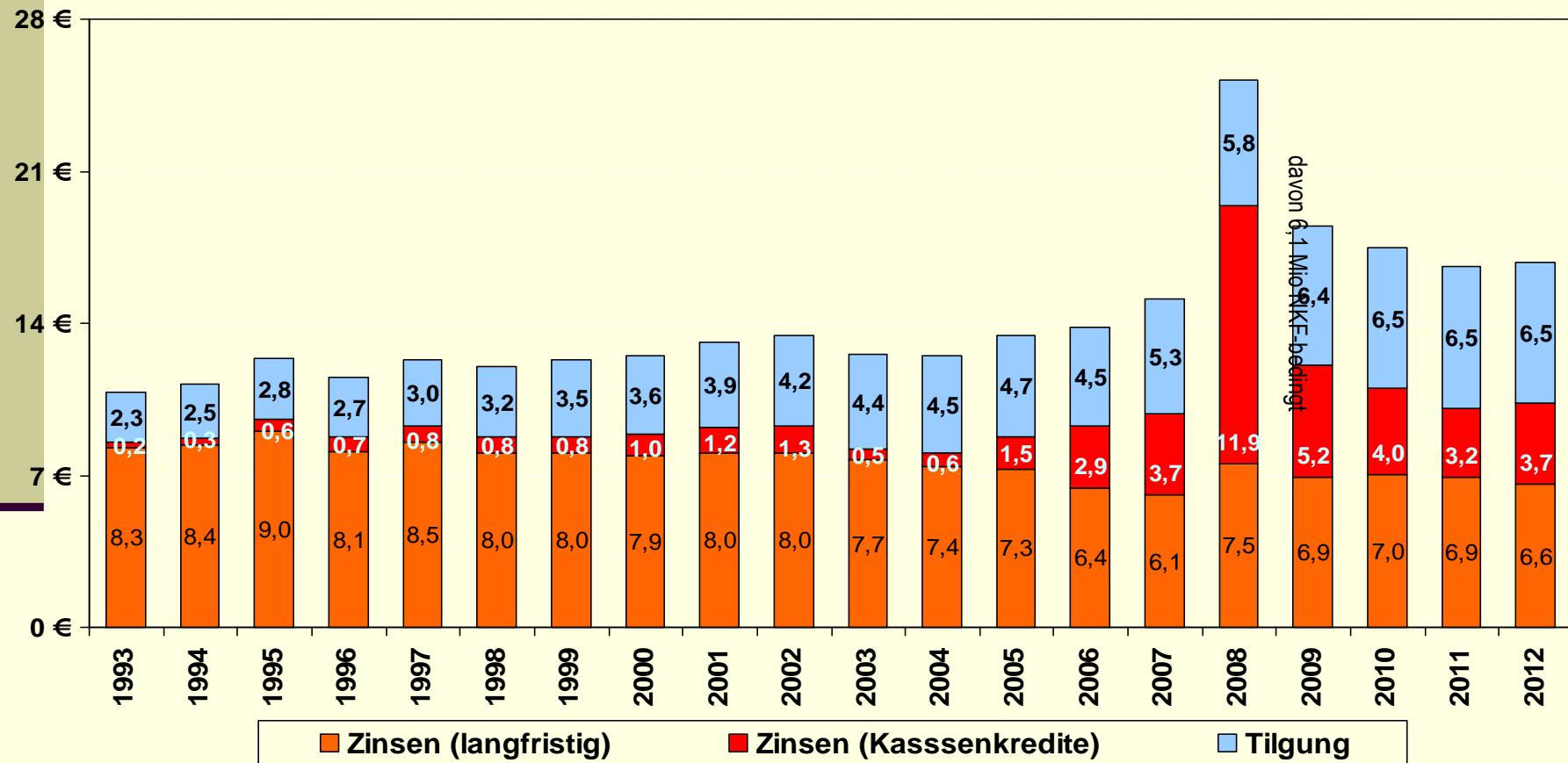
# Investitionskredite, Liquiditätskredite

Beträge in Mio €

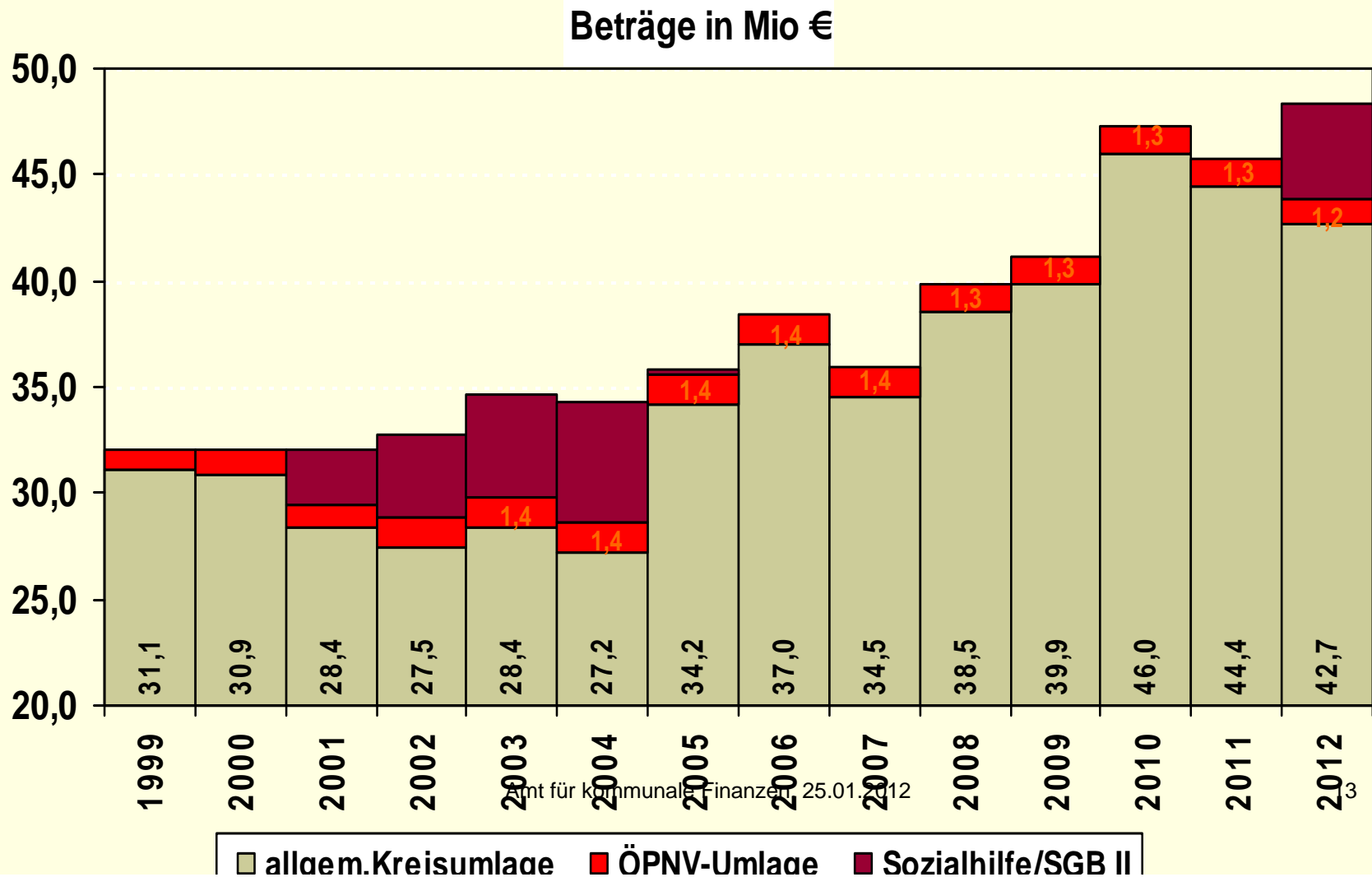


# Schuldendienst für lang- und kurzfristige Kredite

- Beträge in Mio € -

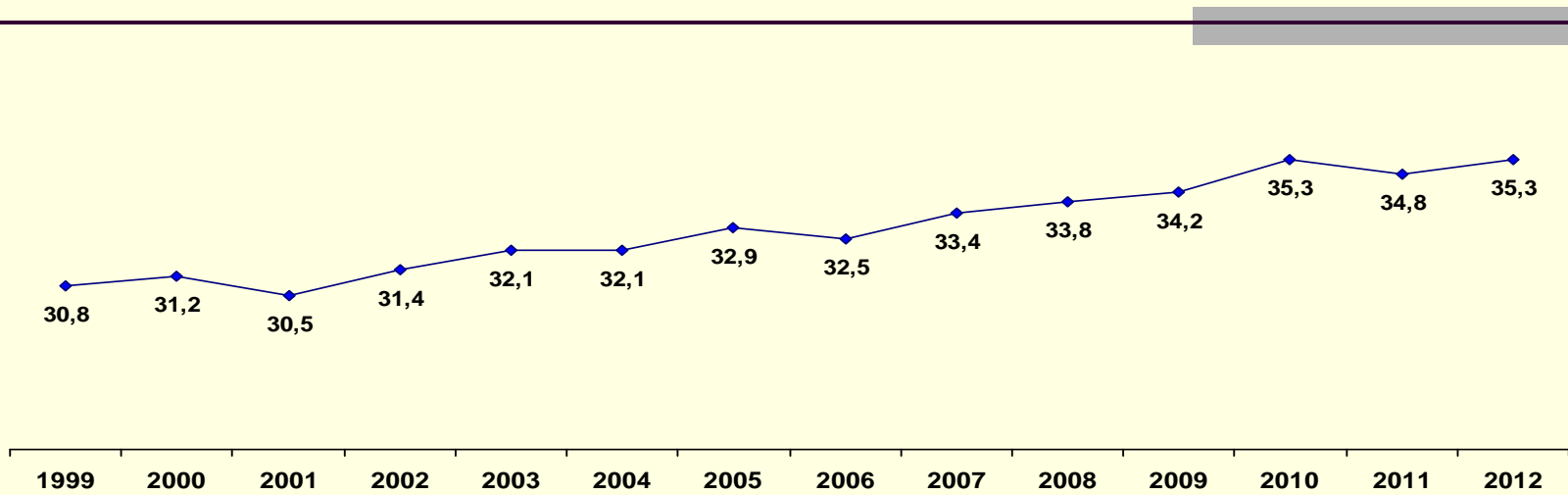


# Entwicklung der Kreisumlage (incl. ÖPNV und Sozialhilfe/SGB II)

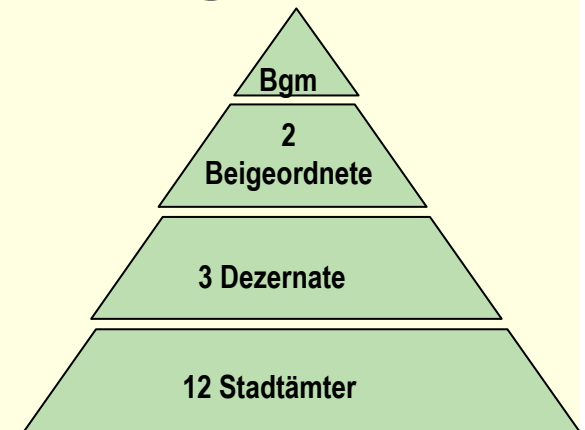
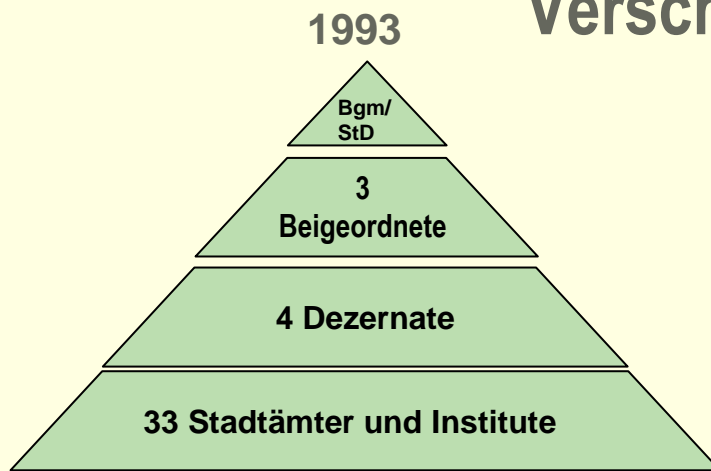


# Entwicklung der Personalkosten

- in Mio € -

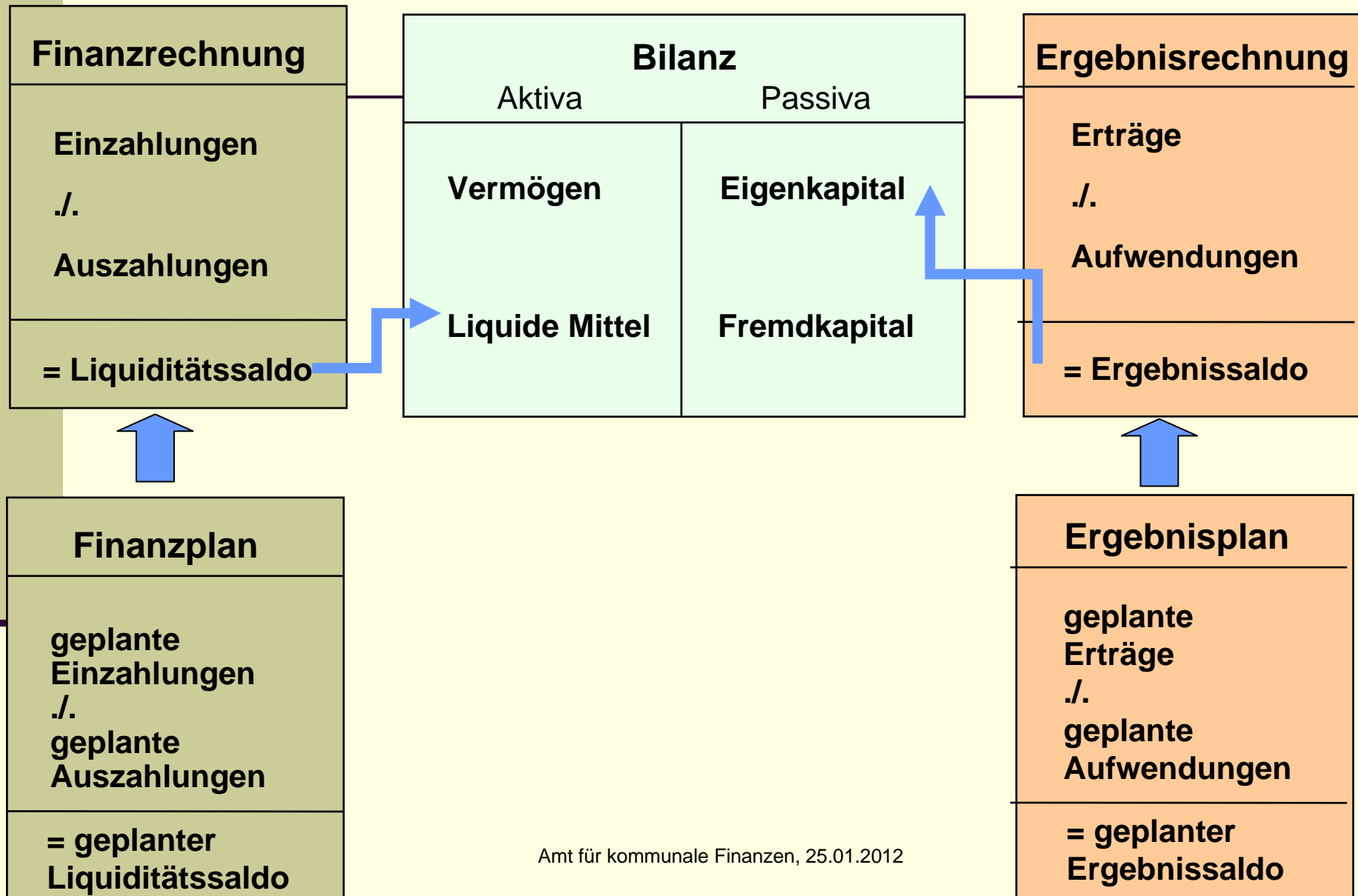


## Verschlankeung der Verwaltung 2012



Amt für kommunale Finanzen, 25.01.2012

# Das 3-Komponenten-System im



# Gesamtfehlbedarf 2012

---

■ Fehlbedarf des Finanzplanes = 25.505.959 €

nicht zahlungswirksame  
Aufwendungen = 7.229.213 €

**Fehlbedarf des ErgebnisHH = 32.735.172 €**



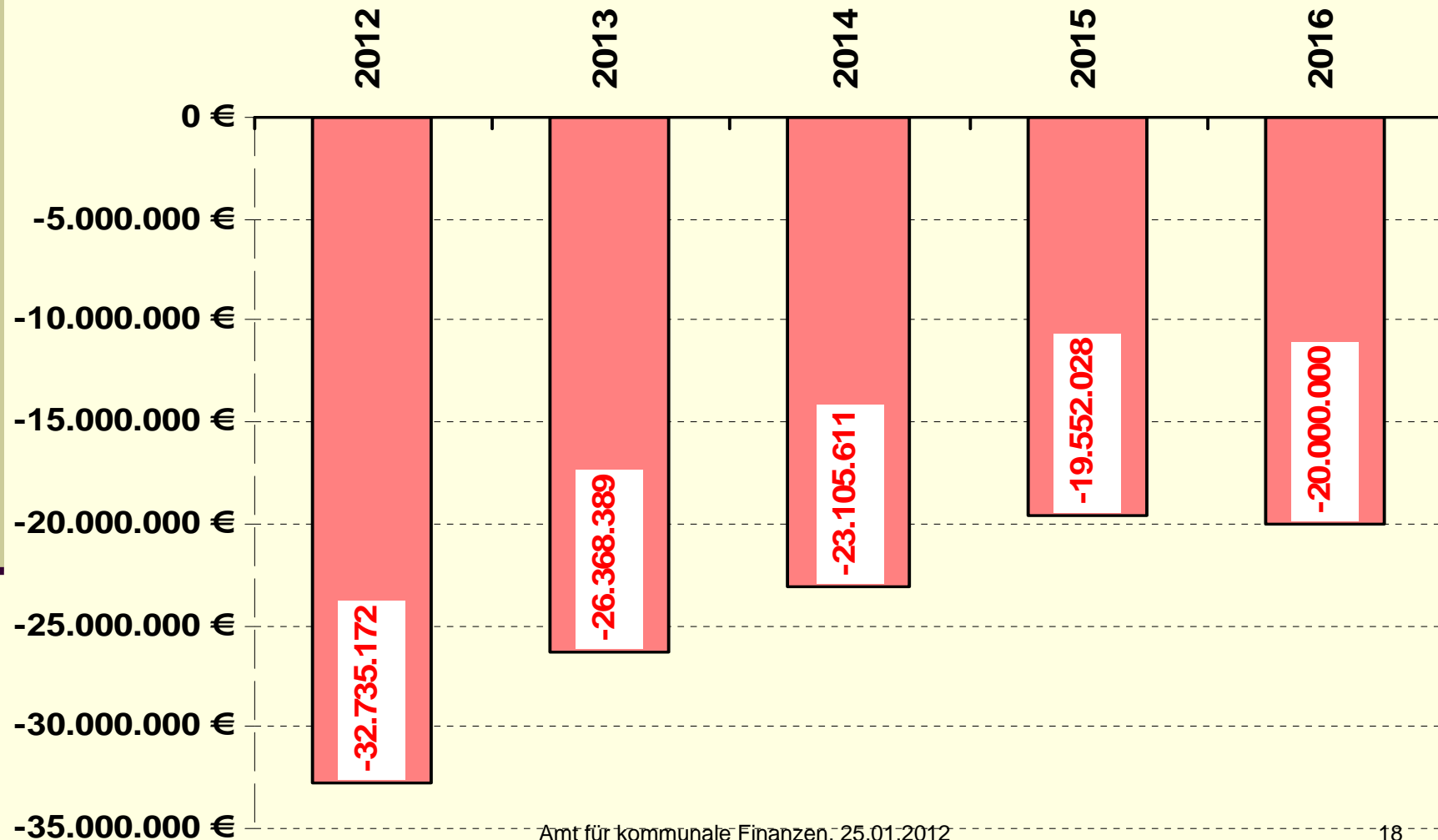
# Der Blick durch die Glaskugel

---



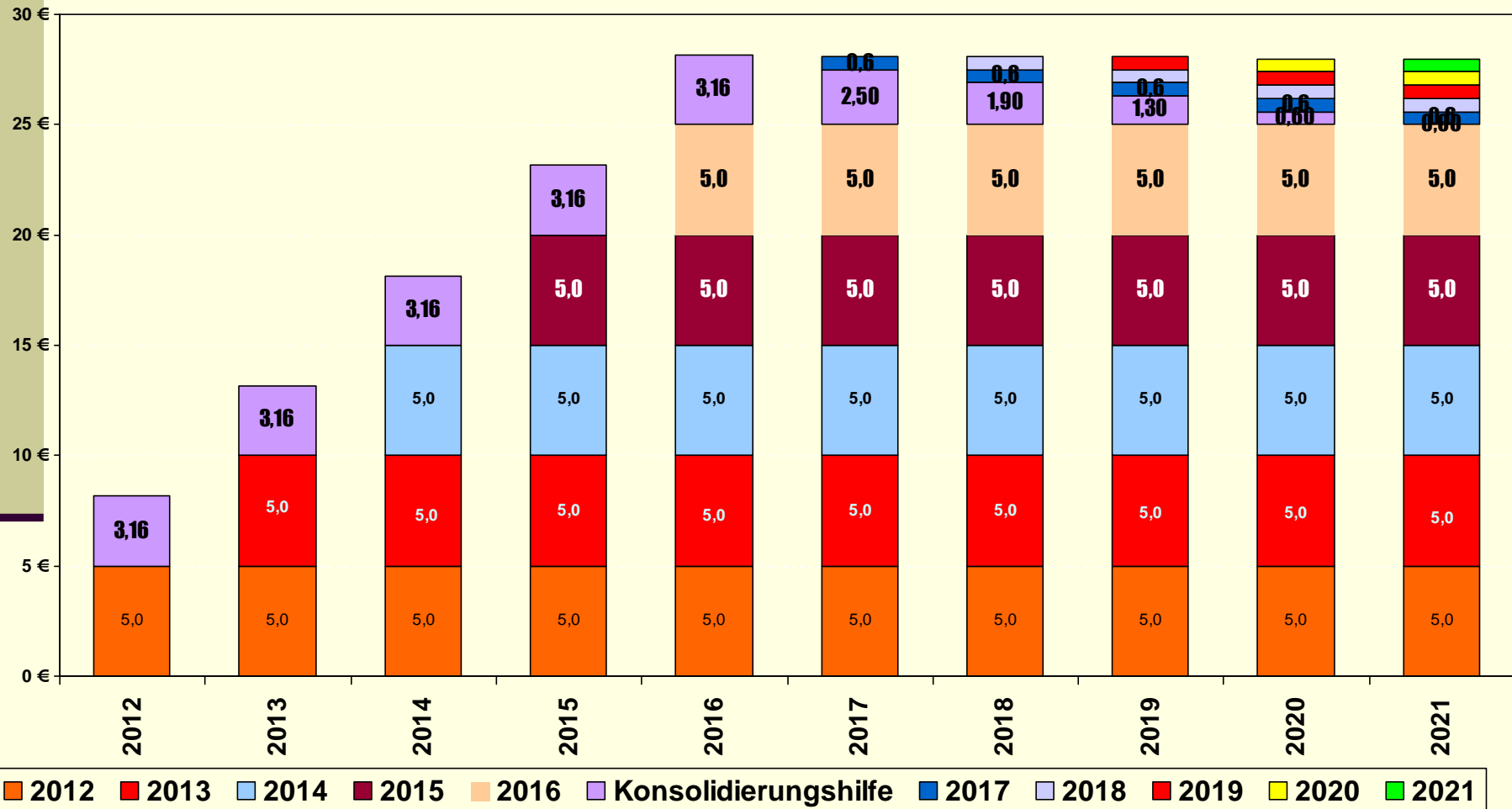
Amt für kommunale Finanzen, 25.01.2012

# Entwicklung der Haushaltsdefizite - mittelfristige Finanzplanung -



# jährliche Konsolidierungsschritte

- Beträge in Mio € -



# Zeitplan Haushaltssanierungsplan

---

- bis Mitte Februar - Ist-Analysen und Erarbeitung der Handlungsfelder
  - bis Ende April - Erarbeitung des Entwurfes des Sanierungsplanes
  - 15.05.2012 – Einbringung des Sanierungsplanes in den Rat
  - 27.06.2012 – Beschlussfassung über den Sanierungsplan im Rat
- 
- sofort – Kürzung der Ausgaben um 5% = 2,5 Mio. €?
  - Fachausschussberatungen im März 2012

# Bürgerbeitrag - Grundsteuer

---

- Aufkommen 2012 = 11 Mio. €
- Hebesatz = 500%
- $11 \text{ Mio. €} : 500 = 22.000 \text{ € je Prozentpunkt}$
- 10 Punkte sind 220.000 €
- 100 Punkte sind 2.200.000 €
- Grundsteuer in Selm = 825 Punkte
- Für Dorsten wären das zusätzlich 7.150.000,- €



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit